



CDU-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt
Wuppertal



Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN im Rat
der Stadt Wuppertal



FDP-Fraktion im
Rat der Stadt
Wuppertal

*Herrn Oberbürgermeister
Dr. Hans Kremendahl*

Gemeinsamer Antrag

Datum 27.11.2003

Drucks. Nr. VO/2255/03-Neuf.
öffentlich

Zur Sitzung am
10.12.2003
15.12.2003

Gremium
Hauptausschuss
Rat der Stadt Wuppertal

Kürzungen im Landesjugendplan

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen im Rat der Stadt Wuppertal beantragen, der Jugendhilfeausschuß und der Rat der Stadt Wuppertal mögen in ihrer Sitzung am 18.11.2003 und am 15.12.2003 folgende Resolution gerichtet an die Landesregierung NRW beschließen:

Der Rat der Stadt Wuppertal appelliert an die NRW Landesregierung, die im Haushaltsentwurf 2004/2005 angestrebten Kürzungen im Bereich des Landesjugendplans sowie bei den Erziehungsberatungsstellen nicht umzusetzen.

Mit Bestürzung haben der Rat der Stadt Wuppertal und die freien Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit die Kürzungen von 9,09% der Landesmittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit im April 2003 für das laufende Jahr zur Kenntnis genommen. Diese Kürzung stellt sowohl die Kommune und ihre Einrichtungen der Jugendarbeit als auch sämtliche Einrichtungen freier Träger vor ein großes finanzielles Problem.

Nach Kürzungen oder jahrelang gleichbleibenden Zuschüssen, die in der Realität der ständigen Kostensteigerung (Personal, Mieten, Betriebskosten) einer jährlichen Kürzung gleichkamen, trifft die diesjährige Reduzierung und der Ausblick auf den Entwurf des Landeshaushalts 2004/2005, in dem der Landesjugendplan und der Zuschuss der Erziehungsberatungsstellen drastisch gekürzt werden, viele Einrichtungen in freier oder städtischer Trägerschaft.

Jugendfreizeitstätten und die Jugendverbandsarbeit sind ein wichtiger Bestandteil der

Jugendarbeit und ein wichtiger Knoten im Netzwerk der Angebote für Kinder und Jugendliche in unserer Stadt. Sie reicht dabei von der klassischen offenen Arbeit, Spielmobilen, Jugendsozialarbeit inkl. Werkgruppen und Beratungsstellen, Jugendkulturarbeit, bis hin zum erzieherischen Kinde- und Jugendschutz und Kinder- und Jugendfreizeiten.

Sie leisten einen wesentlichen Beitrag zum Hineinwachsen von Kindern und Jugendlichen in die demokratische Gesellschaft und schaffen Angebote zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung.

Die Anforderungen an die Jugendeinrichtungen wachsen ständig. Sie müssen sich den Herausforderungen der neuen Medien und des Internets genauso stellen, wie der Konkurrenz kommerzieller Freizeitangebote. Die Stadtteilorientierung und die Zusammenarbeit mit Schulen insbesondere im Rahmen der Projekte der verlässlichen Schule sind weitere neu hinzukommende Arbeitsfelder.

Die Erziehungsberatungsstellen sind ein weiterer elementarer Baustein zur Förderung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen sowie ihrer Familien. Ihre Beraterinnen und Berater sind kompetente Ansprechpartner bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme, bei der Lösung von Erziehungsfragen und unterstützen Familien bei Trennung und Scheidung.

Diese Unterstützungsleistungen für Familien in schwierigen Lebenssituationen wurden bereits durch die im Haushaltsjahr 2003 vollzogene Kürzung der Zuschüsse für kommunale Erziehungsberatungsstellen bedroht. Jeder weitere Einschränkung der Landesförderung würde auch hier das Versorgungsangebot unmittelbar gefährden.

Gerade den präventiv arbeitenden Einrichtungen kommt im sozialen Netzwerk eine besondere Bedeutung zu. Sie tragen durch ihre engagierte Arbeit auch zur Verminderung von weitaus höheren Folgekosten z.B. durch Heimunterbringung bei.

Die Jugendsozialarbeit ist im Stadtgebiet mit einer Jugendwerkstatt (Haus Alpha) vertreten. Diese Einrichtung kümmert sich um sozial benachteiligte Jugendliche im Übergang von Schule und Beruf und ist auf Mittelzuweisungen aus dem Landesjugendplan angewiesen um ihr Angebot ohne Einschränkungen weiter aufrecht halten zu können.

Durch das Ausbleiben der Landeszuwendungen würden bis zu 1 Mio. Euro für 2005 fehlen! Zusätzlich summiert sich die beabsichtigte Kürzung der Sachkostenpauschale für Tageseinrichtungen für Kinder allein für 2004 noch einmal auf 1 Mio. Euro.

Die Haushaltssituation der Stadt Wuppertal erlaubt es nicht, ausfallende Landesmittel aus kommunalen Mitteln zu ersetzen, noch sind die freien Träger dazu in der Lage. Folglich führt eine Streichung der Landesförderung zwangsläufig zu einer Reduzierung des vorhandenen Angebotes bis hin zur Schließung notwendiger Einrichtungen. Die geplanten Kürzungen müssen deshalb - auch im Interesse anderer Kommunen – bei der Beschlussfassung über den Landeshaushalt 2004/2005 zurückgenommen werden.

Der Rat der Stadt Wuppertal fordert deshalb die Landesregierung NRW auf:

- Die vorgesehenen Kürzungen im Landesjugendplan zurückzunehmen.
- Die Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit langfristig zu sichern und weiterzuentwickeln.
- Die Förderung der Erziehungsberatungsstellen und damit die flächendeckende Versorgung mit diesem immer stärker nachgefragten Jugendhilfeangebot mittel- und langfristig sicher zu stellen.

Bernhard Simon
Fraktionsvorsitzender
CDU-Fraktion

Klaus Jürgen Reese
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion

Peter Vorsteher
Fraktionssprecher
Bündnis 90/ Die Grünen

Jürgen Henke
Fraktionsvorsitzender
FDP-Fraktion